

Wirtschaftsexperte bezeichnet Methode als „Abzocke“

## AWO Neumünster soll an Ein-Euro-Jobbern verdient haben

Kiel (dpa). Die gemeinnützige AWO in Neumünster ist im Zusammenhang mit ihren „Ein-Euro-Jobbern“ in Kritik geraten. Nach einem Bericht von NDR Info soll der Verband an Hartz-IV-Empfängern verdienen, die er etwa in der Haushaltshilfe für Senioren einsetzt. Während diese 1,25 Euro in der Stunde verdienen, kassiert die AWO einen Stundensatz von acht Euro von den Senioren. Zudem erhält der Verband von der Bundesagentur für Arbeit ein monatliches Regiegeld von 200 Euro für den Einsatz der Hartz IV-Empfänger.

Der Fall beschäftigt auch die Bundesregierung. „Wir prüfen den Sachverhalt“, sagte eine Sprecherin des Arbeitsministeriums. Ob es in anderen AWO-Landesverbänden ähnliche Vorfälle gebe, sei unklar. Die Arbeitsagentur Neumünster (ARGE) reagierte überrascht. Mit dem Regiegeld seien die Tätigkeiten der Ein-Euro-Jobber eigentlich abgedeckt. Dass die AWO zusätzlich Geld bekomme, sei bislang unbekannt gewesen, sagte Geschäftsführer Rolf-Dieter Brüggemann.

Die AWO in Neumünster wies die Vorwürfe zurück. Die Vermittlung und Betreuung der Helfer sei sehr aufwendig, daher sei der Stundenlohn von acht Euro zusätzlich zum Regiegeld angemessen und üblich. Es sei zu keinem Zeitpunkt für den eigenen finanziellen Vorteil gehandelt worden, so der Verband. „Auf keinen Fall rechnet die AWO mehr als kostendeckend ab.“

Der AWO-Bundesverband hat dem schleswig-holsteinischen Landesverband „Geschäftemache-

rei“ vorgeworfen und ein sofortiges Ende der Vermittlung von „Ein-Euro-Jobbern“ verlangt. „Wir lehnen jede Geschäftemacherei bei der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen entschieden ab“, sagte der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler in Berlin. Der Landesverband hatte zunächst erklärt, das Projekt im Juni auslaufen lassen zu wollen, später dann aber von einem schnellst möglichen Termin gesprochen.

Diese Maßnahme werde „nicht dem notwendigen Transparenzgebot gerecht“, befand der Bundesverband. Auch wenn das Projekt in Neumünster von der zuständigen Arbeitsagentur und der örtlichen Handelskammer genehmigt und geprüft wurde, sei doch der Eindruck entstanden, „dass dabei arbeitslose Menschen nicht gefördert, sondern ausgebeutet wurden“.

Als „Abzocke“ bezeichnete Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel die Methode in Neumünster. Die AWO trete praktisch als Zeitarbeitsfirma auf. Es sei für einen gemeinnützigen Verband unmoralisch, auf der einen Seite Regiegeld zu bekommen und auf der anderen Seite acht Euro Stundenlohn für die Arbeit der Ein-Euro-Jobber zu kassieren. Insbesondere Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie gemeinnützige Einrichtungen hätten eine besondere Verpflichtung, mit Zuschüssen und Einnahmen sorgfältig umzugehen und transparent zu wirtschaften, ergänzte die sozialpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Kieler Landtag, Marret Bohn. //

*Caro Marret*

*1.4.2010*

# AWO bittet zur Kasse

Sozialverband verdient angeblich an Ein-Euro-Jobbern / Arbeitsministerium prüft

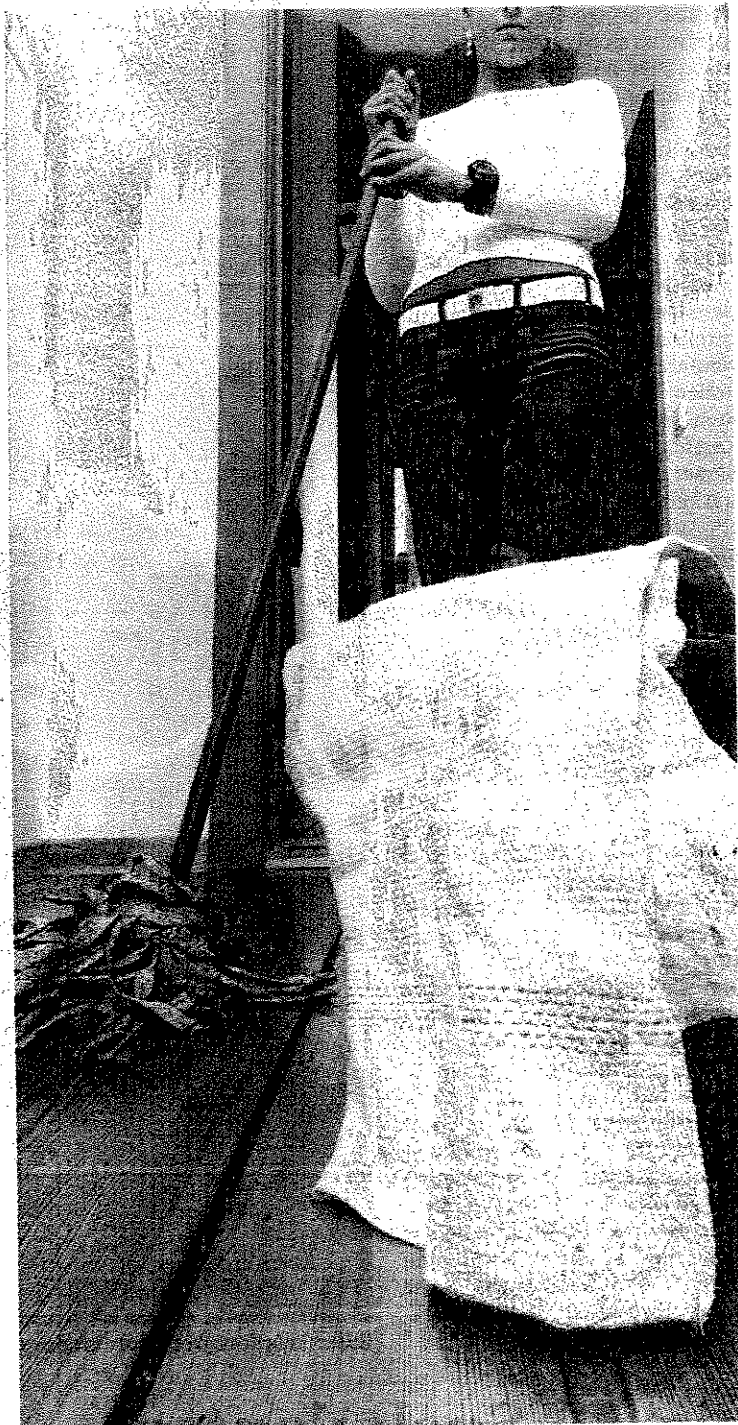
Von Tobias Schwab

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im schleswig-holsteinischen Neumünster soll mit Ein-Euro-Jobs kräftig verdienen. Der Sozialverband setzt Hartz-IV-Empfänger in der Seniorenbetreuung ein – gegen ordentlich Geld. Während die Haushaltshilfen einen Stundenlohn von 1,25 Euro fürs Putzen und Einkaufen erhalten, berechnet die AWO den Kunden acht Euro. Darüber hinaus erhält die AWO für den Einsatz der Hartz-IV-Leute pro Person von der Bundesagentur für Arbeit ein monatliches Regiegeld von 200 Euro.

Der AWO-Landesverband bestätigte am Montag diese Abrechnungspraxis der AWO Service GmbH Neumünster, über die der NDR berichtet hatte. Sprecher Werner Geest verwahrte sich aber gegen den Vorwurf, die AWO mache damit Kasse. Die acht Euro würden als Aufwandspauschale für Anfahrtkosten und für verwendete Reinigungsmittel erhoben. Auch Kosten für die Koordination würden damit gedeckt.

Der AWO-Bundesverband empfahl der AWO Neumünster am Montag dennoch „nachdrücklich“, das Projekt umgehend einzustellen. „Wir müssen jeden Anschein vermeiden, dass Arbeitsmarktmittel nicht sachgerecht und im Interesse der Betroffenen eingesetzt werden“, erklärte AWO-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler.

Für den Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel ist es schlicht ein Fall von „Abzocke“. Der Sozialverband agiere wie eine Zeit- und Leiharbeitsfirma. Auch Joachim Wolff vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) hat große Bedenken. Für acht Euro die Stunde könne die Leistung „eigentlich auch auf dem Markt eingekauft werden“, sagte Wolff der Frankfurter Rundschau.



Die AWO lässt Hartz-IV-Empfänger bei Senioren putzen.

In der Konsequenz hieße das: Die AWO könnte mit ihrer Putzkolonne reguläre Jobs verdrängen.

Tatsächlich sollen Ein-Euro-Jobber laut Gesetz nur „zusätzliche“ Arbeiten übernehmen und nicht Festangestellte ersetzen. Ziel ist es, Empfängern von Arbeitslosengeld II einen Zuverdienst zu ermöglichen und wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Dafür erhalten die Träger in der Regel pro Ein-Euro-Jobber eine Pauschale von der Bundesagentur für Arbeit – im Schnitt 200 Euro. Ein Betrag, der im Falle der AWO-Putztruppe von Neumünster längst nicht ausreicht, um die sozialpädagogische Betreuung der Beschäftigten mit oft schwierigen Biografien zu finanzieren, erklärte Geest der FR.

## Transparenz ist das A und O

Auch Stefan Weber vom Caritasverband der Diözese Limburg bestätigt, dass die Betreuung und Qualifizierung von Ein-Euro-Jobbern mit 200 Euro nicht zu finanzieren sei. „Auch wir müssen die zusätzlichen Eigenmittel erwirtschaften.“ Gewinne dürften damit aber nicht gemacht werden. Für Heinrich Deike, Geschäftsführer der Diakonie im Kirchenkreis Alt-Holstein, ist dabei Transparenz das A und O. „Wenn wir Erträge durch Ein-Euro-Jobs haben legen wir das der Arbeitsagentur offen.“

Diese Transparenz hat die AWO Neumünster offenbar vermissen lassen. Vom Acht-Euro Stundenlohn habe er erst Ende vergangener Woche erfahren, bestätigte der Geschäftsführer der Arbeitsagentur Neumünster, Rolf Dieter Brüggemann, der FR. Schon am heutigen Dienstag schickte er die AWO deshalb zwei Prüfer in Haus. Auch das Bundesarbeitsministerium kündigte gestern eine Untersuchung an.

DPA



Die AWO lässt in Neumünster künftig keine Arbeitslosen mehr putzen.

BILDBERG

# AWO zieht Putztruppe zurück

Aus für umstrittenes Ein-Euro-Job-Projekt / Neue Vorwürfe gegen Sozialverband

Von Tobias Schwab

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Schleswig-Holstein beendet ihr umstrittenes Ein-Euro-Job-Projekt in Neumünster. Der Vorwurf, der Sozialverband bereichere sich und missbrauche Arbeitsmarktmittel sei zwar widerlegt, behauptet die AWO. Der Sozialverband sei aber nicht länger bereit, „eine Beschädigung seines guten Rufes als gemeinnütziger Träger sozialer Dienstleistungen zuzulassen“, sagte Geschäftsführer Volker Andresen.

Die AWO war mit ihrer Dienstleistungsagentur heftig in die Kritik geraten. Der Verband beschäftigt in dieser Service GmbH Ein-Euro-Jobber, die als Haushaltshilfen für ältere Menschen 1,25 Euro pro Stunde erhalten. Von den Senioren kassierte die AWO-Agentur allerdings acht Euro die Stunde fürs Putzen und Einkaufen. Darüber hinaus überweist die Ar-

ge Neumünster eine monatliche Pauschale von rund 200 Euro für jeden Jobber an die AWO.

Nachdem das Geschäftsmodell am Montag publik geworden war, leitete die Arge Neumünster eine Untersuchung ein. „Die Prüfung läuft noch“, sagte Behördenchef Rolf-Dieter Brüggem. Eine abschließende Bewertung sei erst Anfang nächster Woche zu erwarten. Brüggem betonte aber erneut, vom Acht-Euro-Tarif nichts gewusst zu haben. „Sonst wäre die Maßnahme nicht gelaufen.“

Unter falschen Voraussetzungen hat offenbar auch die regionale Industrie- und Handelskammer (IHK) das AWO-Projekt abge- nickt. Von Putz- und Reinigungsarbeiten sei in der Ausschreibung keine Rede gewesen, sagte Peter Dohm, Geschäftsführer der IHK-Zweigstelle Neumünster, der Frankfurter Rundschau. Nur deshalb habe die IHK dem Vorhaben die „Unbedenklichkeit“ attestiert.

## EIN-EURO-JOBS

Arbeitslose erhalten durch Ein-Euro-Jobs die Möglichkeit, sich etwas zum Arbeitslosengeld II hinzuverdienen und wieder aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen. Zielgruppe des im Sozialgesetzbuch II verankerten Beschäftigungsinstruments sind Menschen mit „mehrfachen Vermittlungshemmnissen“.

Die Arbeiten müssen zusätzlich, im öffentlichen Interesse und wettbewerbsneutral sein. Die Jobber erhalten als Zuschuss zum Arbeitslosengeld II eine Aufwandsentschädigung von in der Regel ein bis zwei Euro pro Stunde.

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben befragte Betriebe mehr als die Hälfte der Ein-Euro-Jobber als fit für den ersten Arbeitsmarkt eingeschätzt. Die IAB-Forscher warnen aber auch vor Verdrängungseffekten. Reguläre Jobs seien besonders im Pflege- und Betreuungssektor gefährdet. tos

Die tatsächlichen Aufgaben der AWO-Jobber stünden aber eindeutig im Wettbewerb mit der Reinigungsbranche. „Für acht Euro bekommt man auch Putzleute, wenn man eine Anzeige schaltet.“

Ein-Euro-Kräfte dürfen im Rahmen von Hartz IV nur „zusätzliche“ Arbeiten übernehmen, die reguläre Jobs nicht verdrängen. Deshalb muss die IHK Ein-Euro-Projekten die Unbedenklichkeit bescheinigen.

Die AWO betonte gestern, dass sie mit dem Putz-Projekt keine Gewinne gemacht habe. Die 200-Euro-Pauschale der Arge reiche nicht aus, um die begleitende sozialpädagogische Betreuung der Langzeitarbeitslosen zu finanzieren. Der Verband müsse am Ende sogar drauflegen.

AWO-Chef Andresen fordert eine Generaldebatte aller Beteiligten über die Rahmenbedingungen der Beschäftigungsinstrumente für Langzeitarbeitslose.